



3789
14.09.16/16.

-Plenum-

PL
(WVA)

**Dringlicher Antrag
der Fraktion der FDP**

**betreffend Zusammenschluss der Deutschen Börse und der London Stock Exchange
weiter ordnungsgemäß prüfen – Landesregierung muss Vorfestlegungen vermeiden**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag weist erneut darauf hin, dass es dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung als zuständiger Börsenaufsichtsbehörde obliegt, den geplanten Zusammenschluss der Deutschen Börse und der London Stock Exchange zu prüfen. Ein Sitz der Holding außerhalb der Europäischen Union kann negative Auswirkungen auf die Regulierung durch die Börsenaufsicht und damit auf die Durchführung und angemessene Fortentwicklung des Börsenbetriebs haben.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, zu erklären, ob die Äußerungen des Finanzministers Dr. Thomas Schäfer als Kehrtwende der Landesregierung zu verstehen sind, sich politisch nicht mehr für einen künftigen Sitz der Holding am Finanzplatz Frankfurt einzusetzen, und klarzustellen, ob sie im Rahmen der rechtlichen Prüfung die Frage des künftigen Sitzes der Holding für relevant erachtet oder nicht.
3. Der Landtag vertritt unabhängig vom rechtlichen Prüfungsverfahren die politische Auffassung, dass es vor dem Hintergrund der Brexit-Entscheidung für die Weiterentwicklung des Finanzplatzes entscheidend ist, dass der Hauptsitz der fusionierten Börse in Frankfurt ist.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. September 2016

Für die Fraktion der FDP
Der Vorsitzende:

Rentsch